



Gemeinde Beringstedt Der Finanzausschuss informiert 09/2024



Liebe Beringstedterinnen, liebe Beringstedter,

der Finanzausschuss der Gemeindevertretung möchte einen Einblick in die aktuellen sehr schwierigen Finanzentwicklungen der Kommunen geben. Nicht jeder Bürger kann zu den Sitzungen der Gemeindevertretung kommen. Auch können wir in diesen Sitzungen, allein schon aus Zeitgründen, nicht die komplizierten haushaltspolitischen Entwicklungen darstellen.

Die Kommunen in Schleswig-Holstein sind in großer Sorge über die Entwicklung der Kommunalfinanzen und fordern mehr Unterstützung durch Land und Bund, statt wie vom Land und Bund geplant Einsparungen vorzunehmen. Bundesweit verzeichneten die Kommunen ein Defizit von 6,2 Mrd. € im Jahr 2023, für das laufende Jahr prognostizieren die kommunalen Bundesverbände eine Verdoppelung des Defizits. Für die Zukunft sieht es nicht besser aus. Von diesen Entwicklungen werden auch wir in Beringstedt nicht verschont. Viele Städte, Kreise und Gemeinden wissen nicht, wie sie unter den Bedingungen ihre Haushalte ordnungsgemäß aufstellen und die Aufgaben erfüllen sollen. „Die Kommunen vor Ort wollen kommunalpolitisch gestalten und nicht nur den Mangel verwalten. Unsere Finanzausstattung droht aber noch nicht einmal für die gesetzlichen Aufgaben der Kommunen auszureichen. Wir stehen zu unserer eigenen Aufgabe, Konsolidierungsanstrengungen zu unternehmen, sehen aber auch das Land in der Pflicht, seinen Teil als Garant für die Finanzausstattung zu leisten“, sagte die Vorsitzende des Städtetages und Sprecherin der Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Landesverbände, Neumünsters Stadtpräsidentin Anna-Katharina Schättiger.

Die Planungen, die Mittel für den ÖPNV zu kürzen, werden von der kommunalen Ebene ebenfalls abgelehnt. „Die Kreise und kreisfreien Städte stehen für den Prozess der Verkehrswende, dessen unverzichtbarer Bestandteil ein gut ausgebauter ÖPNV ist. Kürzungen des Landes führen zu Angebotsreduzierungen im Bahnverkehr, sie führen bei den Kommunen zusätzlich zu Kürzungen von Leistungen im Busverkehr und bewirken damit eine Verringerung des Angebots. Mobilitätsversprechen der Vergangenheit können unter diesen Bedingungen nicht mehr eingehalten werden und eine echte Verkehrswende wird so nicht gelingen“, sagte der Vorsitzende des Schleswig-Holsteinischen Landkreistags, Stormarns Landrat Dr. Henning Görtz.

Nicht nur die Kürzungspläne der Landesregierung, die sich einschließlich geplanter Kürzungen beim Straßen- und Radwegebau im Laufe der nächsten 5 Jahre auf über 180 Mio. Euro belaufen, und die eigene Finanznot bereiten den Kommunen Sorgen. Hinzu tritt bspw. auch eine andauernde Unterfinanzierung im Bereich der Kinderbetreuung. „Wir haben darauf vertraut, dass die mit der Evaluation festgestellte Finanzierungslücke in der Kitafinanzierung in Höhe von 120 Mio. Euro geschlossen wird und sind als Kommunen sogar bereit, einen eigenen Beitrag von 20 Mio. Euro dazu zu leisten. Unter Berücksichtigung weiterer 20 Mio. Euro durch das Land verbleibt ein Risiko von 80 Mio. Euro, für das alleine die Kommunen einstehen müssen. Dies ist für die Kommunen nicht tragbar“, erklärte der Vorsitzende des Schleswig-Holsteinischen Gemeindetages, Barsbüttels Bürgermeister Thomas Schreitmüller.

Die Vorsitzenden mahnten abschließend mit Blick auf das geringe



Gemeinde Beringstedt Der Finanzausschuss informiert 09/2024



Wirtschaftswachstum dauerhaft tragfähige Lösungen an, die aber nicht darin liegen können, dass Bund und Land zu Lasten der Kommunen eigene Konsolidierungsprogramme beschließen und sie zusätzlich noch in ihrer Investitionskraft hemmen.

Wir betreiben in Beringstedt eine Kita, die mit Ausnahme der räumlichen Ausgestaltung, sämtliche Vorgaben der personellen Ausstattung erfüllt. Darüber sind wir sehr stolz, da in Zeiten von Fachkräftemangel dieses überhaupt nicht mehr selbstverständlich ist. Bei der personellen Ausstattung haben wir auf Finanzierungszusagen der Landesregierung vertraut, die jetzt nicht mehr eingehalten werden. Für die kommenden Jahre planen wir für den Betrieb der Kita mit Verlusten zwischen 15.000 Euro und 20.000 Euro.

Die komplizierte Kitafinanzierung erfordert aber für die „Geschäftsführung“ der Kita eine notwendige Kompetenz in der Gemeindevertretung.

Dann betreiben wir ein Freibad, was aufgrund der Größe unserer Gemeinde nicht mehr üblich ist. Der Betrieb erfordert einen erheblichen Gemeindegeldzuschuss von jährlich weit über 30.000 Euro. Ebenso braucht die Gemeindevertretung auch hierfür eine entsprechende Fachkompetenz.

Für den Wegebau bzw. für die Gemeindestraßen stehen uns im Haushalt nur 30.000 Euro zur Verfügung. Dieses ist deutlich zu wenig bei steigendem Sanierungsbedarf unserer Straßen und Wege. Mehr gibt der Haushalt aber nicht her.

Dann betreiben wir eine eigene Abwasseranlage, was auch nicht mehr üblich ist in Gemeinden. Der Betrieb solcher Anlagen ist mit sehr hohen Anforderungen verbunden, die wir nur noch erfüllen können, wenn entsprechende Kompetenz vorhanden ist. Für die Zukunft ist hier aufgrund von exorbitant steigenden Entsorgungskosten des Klärschlammes mit Kosten im höheren sechsstelligen Bereich zu rechnen. Aufgrund der steigenden umweltrechtlichen Anforderungen werden wir nicht drum herumkommen, über eine Abgabe der Abwasseranlage nachzudenken. Konsequenz wäre dann aber die Einführung von Wasseruhren.

All dieses muss finanziert werden. Hierbei hat die Gemeindevertretung aber kaum noch Steuerungsspielräume bei den Einnahmen. Diese gibt es nur noch bei der Gewerbesteuer, der Grundsteuer B und bei der Hundesteuer. Bei den Abwassergebühren darf die Gemeinde keine Überschüsse erzielen. Die Eintrittsgelder im Freibad müssten mindestens verdoppelt / verdreifacht werden, was unrealistisch erscheint. Entscheidend ist eigentlich nur noch die Gewerbesteuer. Wenn wir aber kaum noch Gewerbe haben, bringt die Erhöhung der Gewerbesteuer nicht viel. Andere mögliche Gewerbesteuererhöhungen bzw. Einnahmeverbesserungen wurden durch jüngste Entscheidungen zu Nichte gemacht.

Wir haben in Beringstedt aktuell 81 Gewerbeanmeldungen. Davon zahlen 17 Gewerbesteuer und von diesen 3 über 10.000 Euro.

Die Gemeindevertretung ist aus haushaltsrechtlichen Gründen verpflichtet, jedes Jahr der Kommunalaufsicht einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen. Für eine gewisse



Gemeinde Beringstedt Der Finanzausschuss informiert 09/2024



Zeit darf der Haushalt einen Verlust ausweisen, muss aber eine positive Entwicklung prognostizieren. Wenn nicht, wird der Haushalt durch die Kommunalaufsicht nicht genehmigt und es werden Konsolidierungsmaßnahmen vorgeschrieben. Dieses können maximale Steuererhöhungen aber auch die Schließung des Freibades sein.

Trotz der negativen Entwicklung unserer Kommunalfinanzen verfügt die Gemeinde Beringstedt noch über liquide Mittel (man könnte Rücklage dazu sagen) in Höhe von etwa 700.000 Euro. Dieses ist aber bei weitem zu wenig, will man denn die Straßen sanieren oder einen Kita Umbau vornehmen.

All diese Aufgaben werden von Bürgerinnen und Bürger aus Beringstedt wahrgenommen, die dieses mit sehr viel Zeitaufwand ehrenamtlich durchführen. Um diese Aufgaben wahrnehmen zu können, braucht man notwendige Fachkompetenzen. Dieses hat aber seine Grenzen.

Thomas Illing
Vorsitzender Finanzausschuss
Finanzausschuss

Kissy Thede
stellv. Vorsitzende